

Zwischen Hoffnung und Skepsis

Hongkong vor dem 1. Juli 1997

Mit dem 1. Juli 1997 geht die britische Kronkolonie Hongkong an die Volksrepublik China über, für 50 Jahre zunächst als Sonderverwaltungszone, in der das bisherige Wirtschaftssystem erhalten bleiben soll. Der Übergang ist in vielerlei Hinsicht mit Befürchtungen in bezug auf die freiheitliche Verfassung und die Einhaltung der Menschenrechte befrachtet.

Nicht nur in Hongkong selbst und natürlich auch in der Volksrepublik China, sondern weltweit, wird der Tag der Rückkehr der einstigen Kronkolonie in den chinesischen Staatenverband mit Spannung, Befürchtung, Hoffnung und Skepsis erwartet. Es gibt auf der einen Seite den Grundlagenvertrag, der 1984 zwischen Großbritannien und der VR China ausgehandelt wurde, sowie das Grundgesetz (Basic Law) von 1992, die festlegen, daß Hongkong nach der Rückgabe am 1. Juli 1997 als Sonderverwaltungszone (Special Administration Region [SAR]) fünfzig Jahre lang einen Sonderstatus haben wird, der weitgehend die bisherige Wirtschafts- und Lebensform der Bevölkerung von jetzt gut sechs Millionen absichern soll. Hongkong soll danach seine eigene Währung, den Hongkong Dollar, beibehalten und weiterhin als Handelsmetropole im freien Welthandel auf kapitalistische Weise Geschäfte abschließen und eigenständiges Mitglied in den großen internationalen Wirtschaftsorganisationen bleiben können. Neben Chinesisch soll Englisch weiterhin Amtssprache sein. Ferner soll Hongkong einen eigenen Obersten Gerichtshof erhalten, der natürlich nicht mehr das britische Oberhaus, sondern den Ständigen Ausschuß des Nationalen Volkskongresses in Beijing als letzte Appellationsinstanz haben wird. Fragen der Außenpolitik und der Verteidigung sollen dagegen in Beijing entschieden werden.

Es bestehen jedenfalls *erhebliche Zweifel*, ob die fünfzigjährige Übergangsfrist, in der die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse in Hongkong nicht verändert werden sollen, tatsächlich in jedem Punkt eingehalten werden wird. Die rein negativen Stimmen sind aber eher in der Minderheit. In den Jahren zwischen der Vertragsvereinbarung 1984 und der tatsächlichen Übergabe der Kronkolonie, die in der Nacht vom 30. Juni auf den 1. Juli 1997 vor sich gehen soll, hat sich weitgehend die Haltung einer vorsichtigen Erwartung breitgemacht, die zwischen der Hoffnung, daß die VR China schon nicht das Huhn schlachten werde, das so viele goldene Eier legt, und der Befürchtung schwankt, daß die kommunistischen Parteikader in Beijing letztlich doch ihrem doktrinär verengtem Denken verhaftet bleiben und die Freiheiten Hongkongs über kurz oder lang als störende Elemente beseitigen werden.

Entsprechend widersprüchlich ist das *Verhalten der Bevölkerung Hongkongs* im Hinblick auf die ständig näherkommende „Wiedervereinigung“ mit dem Festland. Diejenigen, die es sich finanziell und wirtschaftlich leisten können, haben

eine Doppelstrategie eingeschlagen, indem sie einerseits ihre Geschäfte in Hongkong weiterführen, auf der anderen Seite aber schon einmal vorausschauend sich eine „Grüne Karte“, d. h. die Berechtigung, in die USA jederzeit einreisen zu können, besorgen und auch schon eine wirtschaftliche Aufbauposition in den USA, Kanada, Singapur oder sonstwo aufbauen, um im Fall, daß die Entwicklung Hongkongs negativ verläuft, abgesichert zu sein.

Bewohner Hongkongs aus den eher mittleren Schichten mit Ausbildungen in Pflegeberufen oder kleineren Betrieben und Geschäften haben sich in größerer Zahl für die Emigration aus Hongkong und die Einwanderung, vornehmlich in Kanada oder Australien, entschieden. In den letzten Jahren ist Vancouver zu einem besonders beliebten Ziel der Hongkonger Emigranten geworden. Die Zahl der Chinesen in dieser kanadischen Stadt ist gewaltig gestiegen. Nach dem Tiananmen-Massaker im Jahr 1989 ist die Zahl der Emigranten aus Hongkong von vorher durchschnittlich 25 000 im Jahr 1985 auf 66 000 im Jahr 1992 gestiegen. Danach hat sich die Zahl auf etwa 40 000 im Jahr eingependelt. Zu berücksichtigen ist auch, daß es eine nicht unerhebliche Rückwanderung nach Hongkong gegeben hat von Personen, die im Ausland nicht die erhofften Lebens- und Arbeitsmöglichkeiten gefunden haben. Die große Mehrheit der Hongkonger Bevölkerung hat aber keine Möglichkeit, sich ins Ausland zu begeben und kann gar nicht anders, als die herannahenden Ereignisse auf sich zukommen zu lassen.

Wirtschaftliche Stabilität und florierender Handel

Wirtschaftlich hat Hongkong bisher jedenfalls keine Anzeichen dafür erkennen lassen, daß der blühende Handel und die erfolgreichen Geschäfte ernsthaft bedroht seien. Im Jahr 1996 nahm Hongkong den achten Rang in der Statistik der weltgrößten Handelsnationen ein und zugleich die vierte Position unter den Finanzzentren. Das Staatsbudget ist ausgeglichen, obschon die Besteuerungsrate mit maximal 15 Prozent zu den niedrigsten weltweit gehört. Es gibt erhebliche Finanzreserven. Der Aktienindex Hang Sen ist stabil und zeigte im letzten Jahr steigende Tendenz, was bei einer Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts um 5 Prozent auch nicht verwunderlich ist.

Hatte man anfänglich erwartet, daß durch Geschäftsaufgaben und Emigration die Immobilienpreise, die in Hongkong

immer schwindelerregend hoch waren, notwendig fallen würden, so ist dies durch die tatsächliche Entwicklung eindeutig widerlegt worden. Nicht nur sind die Immobilienpreise stabil geblieben oder haben sogar angezogen, auch der Bauboom mit größeren oder kleineren Objekten hat unvermindert angehalten.

Es gibt aber auch *warnende Stimmen*, die im Hinblick auf die langfristige Prognose für die Wirtschaft Hongkongs Probleme voraussagen. Die Bedeutung Hongkongs als Brücke zu China, als Durchgangstor für ausländische Investitionen und als Handelszentrum, werde auf die Dauer nicht beizubehalten sein. Sollte es zu direkten Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und Taiwan kommen, dann würde die Bedeutung Hongkongs gewaltig abnehmen. Dies ist etwa die Einschätzung des angesehenen Wirtschaftsberaters *Shiu Sincpor*, der in Hongkong für seine Pro-China-Haltung bekannt ist und dessen vorsichtige Einschätzung der langfristigen Entwicklungschancen Hongkongs daher besondere Beachtung fand (vgl. Far Eastern Economic Revue, 28.11.1996, S. 81). Es wird sich zeigen müssen, ob die eingängige Formel von „Ein Land – zwei Systeme“ auf die Dauer funktionieren kann. Die Diskrepanz der Wirtschaftssysteme von Hongkong und des chinesischen Festlands wird sich als Lackmus-Test einer Verträglichkeit von freier kapitalistischer Wirtschaft mit „sozialistischer Marktwirtschaft“ mit chinesischen Charakteristiken erweisen.

Auf dem Papier bedeutet der 1. Juli 1997, daß die ehemalige Kronkolonie Hongkong mit den „Neuen Territorien“ wieder unter die Souveränität der VR China gestellt wird. Damit werden die Bestimmungen der ungleichen Verträge aus der Kolonialzeit hinfällig, die zunächst 1842 festlegten, daß die Insel Hongkong „auf ewig“ an Großbritannien fallen sollte und die später im Jahr 1897 durch den Kauf der „Neuen Territorien“ auf dem chinesischen Festland, die auf 99 Jahre, eben bis zum 1. Juli 1997 englisches Pachtland wurden, ergänzt wurden. Galt der „kahle Felsen mit kaum einem Haus darauf“, so Lord *Palmerston* im Jahr 1841, mit dem kleinen Fischereihafen bei seinem Erwerb zunächst eher als eine Fehlinvestition, so hat sich das Aschenputtel unter den chinesischen Vertragshäfen der Kolonialzeit inzwischen zu einem echten „Kronjuwel“ gemausert. In diesem Sinn ist es wohl falsch, von einer „Rückkehr“ Hongkongs nach China zu sprechen. Denn, was heute an China zurückfällt, hat wenig mit dem kleinen Fischereihafen von 1842 gemein, sondern ist ein Territorium mit einer Wirtschaftskraft geworden, die auch für das große China sehr erheblich ist. Das Bruttosozialprodukt Hongkongs hat immerhin eine Größenordnung von 20 Prozent der Quote der VR China. Von noch größerer Bedeutung ist Hongkong als Finanzzentrum. Stammen doch von den in China in den letzten 15 Jahren getätigten Investitionen in Höhen von 250 Milliarden Dollar allein 150 Milliarden Dollar aus Hongkong oder waren über Hongkong ins Land gekommen. Über den Hafen von Hongkong mit seinen modernen Container-Verschiffungsanlagen und dem Flughafen geht die Hälfte der chinesi-

schen Exporte. Hongkong ist weiterhin für das Festland wegen des geballten Know-how von großer Bedeutung für den Zugang zu modernen Techniken und Verfahren. Es bietet Ausbildungsplätze auf den Gebieten Handel, Management und technisches Wissen, die für das Festland von größter Bedeutung sind. Besonders eng sind die Verbindungen Hongkongs zur Nachbarprovinz Guangdong und hier besonders mit der Freihandelszone Shenzhen. Zusammen mit Guangdong und nach der für den 31.12.1999 anstehende Rückgabe von Macau, entsteht hier ein riesiger neuer Wirtschafts- und Handelsraum.

Unter Journalisten, Politikern und Vertretern der religiösen Gemeinschaften in Hongkong sind in den letzten Jahren und Monaten Befürchtungen gewachsen, daß mit der Rückkehr Hongkongs unter die Souveränität der VR China die Presse-, Religions- und politische Freiheiten eingeschränkt werden könnten. Nach dem Wortlaut der zwischen Großbritannien und der Volksrepublik China getroffenen Vereinbarungen des „Grundgesetzes“ (Basic Law) soll der Status quo im Hinblick auf die *Religionsfreiheit* nach der Rückkehr Hongkongs bewahrt bleiben. Mit Blick auf das Verständnis und die Praxis der Religionsfreiheit in der VR China wollen jedoch die besorgten Stimmen von Vertretern der Religionsgemeinschaften Hongkongs nicht verstummen, die befürchten, daß es nach dem 1. Juli 1997 doch zu Einschränkungen der religiösen Aktivitäten kommen wird.

Unklar ist schon der Umfang der Tätigkeiten, die dann weiterhin als normale religiöse Aktivitäten unter die Religionsfreiheit fallen werden. Wird dazu auch gehören, was christliche Kirchen z. B. auf dem Gebiet der Erziehung, des Gesundheitswesens und der Sozialarbeit gegenwärtig leisten? Menschenrechtsgruppen wie die katholische Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“ und andere fragen sich, inwieweit der Einsatz für die Wahrung der *Menschenrechte* auch weiterhin in Hongkong möglich sein werde.

Warnungen aus der VR China und von den neuen Vertretern Chinas in Hongkong selber an die Adresse der Menschenrechtsgruppen sind jedenfalls besorgniserregend. Da wird z. B. vom neuen Chef der Verwaltung in Hongkong, *Tung Chee-hwa*, im Gespräch mit christlichen Organisationen festgestellt, daß Menschenrechtsorganisationen nichts zu befürchten haben, solange sie sich mit „echten“ Menschenrechtsproblemen befassen. Die Problematik, was jeweils im konkreten unter „echten Menschenrechtsfragen“ verstanden wird, zeigt sich sehr deutlich, wenn Tung darauf hinweist, daß „sensitive Fragen“ wie die Unabhängigkeit von Tibet oder Taiwan nach dem 1.7.1997 von Hongkong aus nicht mehr behandelt werden können.

Es besteht wohl kein Zweifel daran, daß in Zukunft öffentliche Demonstrationen und Erklärungen auf dem Gebiet der Menschenrechte in Hongkong nur sehr eingeschränkt, wenn überhaupt, möglich sein werden. Für die große Zahl von Bewohnern Hongkongs, die ursprünglich wegen der Ablehnung der kommunistischen Herrschaft aus ideologischen Gründen China verlassen haben und nach Hongkong geflo-

hen sind, bedeutet der Übergang eine Gefährdung ihrer bisherigen Existenz. Genauso sicher ist, daß Hongkong in Zukunft nicht weiter als Zufluchtsort für Regime-Gegner aus der VR China in Frage kommt.

Auch auf dem Gebiet der Religions- und *Pressefreiheit* soll Hongkong sich von der dirigistischen Politik des Festlands unterscheiden dürfen. Doch sind die Bedenken unter den Presseleuten nicht zu überhören, die fürchten, ihre bisherigen Freiheiten einzubüßen. Äußerungen des chinesischen Außenministers *Qian Qichen* haben diese Bedenken verstärkt, als er erklärte, daß Journalisten zwar kritisieren, aber keine Gerüchte verbreiten dürften. Auch seien ihnen persönliche Angriffe auf chinesische Führer untersagt. Diese für das Festland normalen Einschränkungen einer Pressefreiheit mit „chinesischen Charakteristiken“ sind in Hongkong mit Bestürzung aufgenommen worden. *Qian Qichen* hat jedenfalls deutliche Grenzen für die neue Sonderverwaltungszone Hongkong abgesteckt, als er einige Verhaltensweisen nannte, die nach der Rückkehr Hongkongs nicht mehr gestattet sein werden. Darunter fallen die Existenz von antikommunistischen Organisationen, antikommunistische Aktivitäten und Publikationen, die sich gegen das sozialistische System in China richten oder des Tiananmen-Zwischenfalls gedenken. Westliche oder taiwanesishe Regierungsorganisationen dürfen in Hongkong nicht tätig werden. Die Massenmedien werden bestimmte Themen wie die Unabhängigkeit Taiwans, die Selbstbestimmung Hongkongs nicht mehr behandeln können und haben alle Arten von Angriffen auf chinesische Regierungs- oder Parteiorganisationen einzustellen (vgl. *Inside China Mainland*, January 1997, S. 15 f.).

Mögliche Einschränkungen der Rede- und Meinungsfreiheit

Das ist eine ziemlich klare Sprache, die deutlich macht, daß die bisherigen Freiheiten auf dem Gebiet der Presse und Massenmedien nicht uneingeschränkt weiter bestehen bleiben werden. Die Pro-Demokratiegruppen, die sich in den letzten Jahren bei Erinnerungsfeiern an das Tiananmen-Massaker und in der Verteidigung der demokratischen Freiheiten Hongkongs engagiert haben, sehen der kommenden Entwicklung daher mit großen Befürchtungen entgegen. Es wird sich herausstellen, inwieweit Hongkong auch in Zukunft ein Zentrum freier Pressearbeit für ganz Asien bleiben kann und ob die großen Presseorgane wie die „*Far Eastern Economic Review*“ und „*Asia Week*“ ihren Standort dort behalten werden. Erste Verlagerungen von Presseorganen nach Taiwan oder nach Bangkok haben schon stattgefunden. Die Monatszeitschrift „*The Nineties*“ von *Lee Yee* hat jedenfalls ihren Standort nach Taiwan verlegt, als ihre offizielle Anfrage an *Lu Ping*, den offiziell chinesischen Beauftragten für Hongkong und Macau, nach dem Fortbestand von Pressefreiheit erst gar nicht beantwortet wurde.

Tung Chee-hwa (59) wurde am 11. Dezember 1996 zum

Chef der Verwaltung (Chief Executive) der neuen *Sonderverwaltungszone* von Hongkong unter drei Kandidaten von einem von Beijing ernannten Wahlausschuß von 400 Personen mit 320 Stimmen gewählt und mit einem Brief von Ministerpräsident *Li Peng* offiziell ernannt. Mit der Rückkehr Hongkongs wird Tung am 1. Juli 1997 seine fünfjährige Amtszeit antreten. Tung, ein Geschäftsmann aus der Schifffahrtsbranche, war bisher der weiteren Öffentlichkeit als Politiker nicht direkt bekannt, obschon er in verschiedenen politischen Positionen seit einigen Jahren tätig gewesen ist. Immerhin gehörte er als Berater dem Gremium an, das nach der gemeinsamen chinesisch-englischen Übereinkunft von 1984 die Verfassung der Sonderverwaltungsregion Hongkongs, das sog. Basic Law, verfaßt hat.

Vom letzten Gouverneur Hongkongs *Chris Patten* wurde Tung 1992 dann ebenfalls zum Mitglied des Exekutivrats (Executive Council) berufen, das die Verwaltung Hongkongs kontrolliert. Tung wurde ferner 1995 zum Vizepräsidenten des 94 Personen starken Vorbereitungs Komitees für den Übergang Hongkongs in den Zustand der Sonderverwaltungsregion. Anfang 1996 war Tung bei einem Besuch in Beijing von *Jiang Zemin* empfangen worden, was zu Spekulationen führte, daß Tung das Vertrauen der chinesischen Führung genieße und gute Aussichten habe, höhere Aufgaben in Hongkong zu übernehmen. Die Wahl Tungs wurde, was seine Qualifikation angeht, im wesentlichen begrüßt, wenn auch Kritik am Wahlverfahren geübt wurde, weil es nur sehr eingeschränkt als demokratisch zu bezeichnen ist. Weitaus negativer wurde die Einsetzung eines 60 Personen starken vorläufigen legislativen Gremiums durch die Gruppe von 400 ernannten Wahlleuten aufgenommen, die die erst 1995 gewählten Vertreter des bisherigen Legislative Council (Legco) ablösen sollen. Die Tatsache, daß 90 Prozent der Mitglieder des neuen Gremiums aus den Reihen des Wahlkomitees selber stammen, wurde mit Befremden vermerkt. Sowohl in Hongkong, wo zwei Drittel der in einer Umfrage Befragten sich gegen das Ernennungsverfahren aussprachen, als auch im Ausland stieß die Vorgehensweise der VR China bei der Bestellung dieses Gremiums auf scharfe Kritik. Der chinesische Außenminister *Qian Qichen* konterte mit dem Hinweis, daß in der hundertjährigen Geschichte der Kronkolonie es schließlich London gewesen sei, das den jeweiligen Gouverneur ohne jede demokratische Beteiligung der Bürger Hongkongs ernannt habe.

Trotz der Kritik am Wahlverfahren wurde der erwählte neue Chef der Verwaltung im großen und ganzen von der Bevölkerung positiv angenommen. Die kritische Presse in Hongkong hat eine ganze Liste von Testfragen und Bewährungsproblemen zusammengestellt, die für eine Bewertung der Politik Tungs in Zukunft entscheidend sein werden. Da geht es um Fragen der relativen Souveränität Hongkongs, z. B. in der Verabschiedung des Haushalts, um Fragen der Grenzsicherheit und des Asylrechts bzw. der möglichen Auslieferung von politisch unerwünschten Personen aus Hongkong an die VR China, um die Grenzen der Presse- und Demon-

strationsfreiheit und der wirtschaftlichen Eigenständigkeit im Hinblick auf die eigene Währung und Verfügung über die nicht unerheblichen Währungsreserven Hongkongs.

Streit um das Übergangsparlament

Noch vor der eigentlichen Übergabe der Kronkolonie nahm das von Beijing eingesetzte Übergangsparlament seine Arbeit auf. Die jetzt schon im Vorhinein zum Souveränitätswechsel beschlossenen Gesetze sollen am 1. Juli in Kraft treten. Zu den vorgesehenen Gesetzen gehören neue Bestimmungen zur Paßregelung mit Festlegungen, wer in Zukunft als ständiger Bewohner (permanent resident) Hongkongs anzusehen ist. Schon jetzt hat die chinesische Regierung erklärt, daß sie die britische Staatsangehörigkeit jener 50 000 Beamten, die in Hongkong in „sensitiven Bereichen“ tätig waren und die deswegen von der britischen Regierung britische Pässe bekommen haben, nicht anerkennen werde. Das ebenfalls von Beijing eingesetzte Vorbereitungskomitee für die Übergabe beschloß ein neues Wahlgesetz, Bestimmungen über den Datenschutz und die Demonstrations- und Versammlungsfreiheit, die bisher geltende Bestimmungen einschränken. Gegen diese geplanten Einschränkungen der Grundrechte der Bevölkerung Hongkongs protestierten sowohl der noch amtierende Gouverneur Chris Patten wie auch andere demokratische Gruppen.

Besonders scharfe Kritik übten die Mitglieder der *Demokratischen Partei Hongkongs*, die in keinem der neuen Gremien mit eigenen Mitgliedern vertreten sind. Immerhin hat diese Gruppierung im Jahr 1995 bei den letzten Wahlen 65 Prozent der Stimmen gewonnen. Wegen ihrer chinakritischen Haltung wurde die Demokratische Partei von Beijing von allen Gremien, die sich mit dem Übergang befassen, ausgeschlossen. Die Demokratische Partei ihrerseits hat erklärt, sich an diesen unrepräsentativen Organen nicht beteiligen zu wollen. Ihre Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß alle Sitzungen und Verhandlungen des neuen Exekutivrates wie auch der neuen Übergangskommission unter Ausschluß der Öffentlichkeit und der Presse stattfinden.

Chinas Außenminister Qian Qichen reagierte darauf mit Mahnungen an die englische Regierung und Oppositionsgruppen in Hongkong, sich nicht unnötig aufzuregen und mehr Kooperationsbereitschaft zu zeigen. Der Vorsitzende der Demokratischen Partei, *Martin Lee*, appellierte Anfang Februar 1997 bei einer Europareise an die deutsche Regierung und die deutsche Wirtschaft, sich für die demokratischen Freiheiten Hongkongs nach der Rückkehr an China einzusetzen. In Bonn machte er noch einmal deutlich, daß die von China eingesetzte „provisorische gesetzgebende Versammlung“ nicht in Übereinstimmung mit dem von allen Parteien angenommenen Grundgesetz stehe. Lee möchte erreichen, daß die Europäische Union sich stärker für Hongkong einsetzt und die Probleme Hongkongs nicht länger als eine Angelegenheit betrachtet, die nur zwischen Groß-

Die Passion Jesu in einfühlsamen Bildern und Texten



Du hast
mich
in den Tod
geworfen

Ein Kreuzweg

Hans Albert Höntges
Herbert Falken

64 Seiten, gebunden,
DM 24,80 /öS 181,- /Sfr 24,-
ISBN 3-451-26332-7

Dieser klassische Kreuzweg folgt in 14 Stationen der Passion Jesu und deutet in einer 15. Station die Auferstehung an. Im Vordergrund stehen die aussagekräftigen, abstrakten Bilder Heribert Falkens. Sie wurden im ständigen Gespräch eigens für A.H. Höntges und seine Kirche geschaffen. Nüchtern, unpathetisch, doch äußerst kenntnisreich erläutert dieser in seinen Betrachtungen den Sinn der Gemälde sowie das Geschehen am Golgotha und läßt Parallelen zum Geschick vieler Leser sichtbar werden. Eine künstlerische und meditative Heranführung an die Leidensgeschichte Jesu.

In jeder Buchhandlung!

HERDER

britannien und der VR China geklärt werden solle. Trotz seiner Vorbehalte gegenüber dem jetzigen Verhalten der chinesischen Regierung, die die Demokratische Partei von allen politischen Gremien ausgeschlossen hat, möchte Lee seine Partei bei den nächsten Wahlen in Hongkong teilnehmen lassen, wenn dies dann noch möglich sein sollte.

Innerhalb der christlichen Kirchen gab es unterschiedliche Meinungen, ob christliche Vertreter sich beim Auswahlkomitee des neuen höchsten Verwaltungsbeamten und des vorläufigen gesetzgebenden Gremiums beteiligen sollten. Der Hongkonger Christenrat (*Hong Kong Christian Council*) entschied sich für einen Mittelweg, indem er zwar christliche Kandidaten für das Auswahlgremium vorschlug, die aber dann nur als Individuen und nicht im Namen des Kirchenrats auftreten sollten. Andere christliche Gruppen, die sich in der Vergangenheit für größere demokratische Freiheiten eingesetzt hatten, distanzieren sich von diesem Beschluß in einem offenen Brief in der chinesischen Tageszeitung „Ming Pao“.

Die Haltung der christlichen Kirchen zum bevorstehenden Wechsel

Auch in der katholischen Kirche gab es Spannungen zwischen der offiziellen Linie der Diözese, die für die Beteiligung von Katholiken eintrat, und der Kommission „Gerechtigkeit und Frieden“, die dagegen war. Letztlich erwies sich die inner-katholische Auseinandersetzung als gegenstandslos, da die chinesische Regierung bei der Zusammenstellung des Vorbereitungskomitees für die Rückgabe zwar eine Reihe Persönlichkeiten aus den verschiedenen Religionen berief, Katholiken aber nicht berücksichtigte.

In dieser Auseinandersetzung zeigten sich jedoch grundlegende Unterschiede im Hinblick auf die Haltung, die die christlichen Kirchen gegenüber der chinesischen Staatsführung einnehmen sollen. Während die offiziellen Kirchenleitungen eher für eine offene Haltung der Kompromißbereitschaft eintreten, verlangen kirchliche Aktionsgruppen eine klare Haltung der Kirchen, die sich in prophetischer Form für Menschenrechte und mehr Demokratie einsetzen sollten. Mehr als auf den Erhalt ihrer Institutionen sollten sich die Kirchen für die Menschen einsetzen, wird von diesen Gruppen gefordert.

Die christlichen Kirchen stellen mit gut 600 000 Gläubigen etwa neun Prozent der Bevölkerung dar. Unter ihnen ist die katholische Kirche mit 350 000 Gläubigen, darunter 90 000 Filipinas, die größte Gruppierung. Die Kirchen spielen eine gewichtige Rolle im sozialen und gesellschaftlichen Gefüge Hongkongs, befinden sich doch über 60 Prozent aller sozialen und diakonischen Einrichtungen, 40 Prozent der Schulen und 20 Prozent der Krankenhäuser in kirchlicher Trägerschaft. Das neue Grundgesetz für Hongkong, das 1990 beschlossen und am 1. Juli 1997 in Kraft treten soll, hält im Artikel 141 ausdrücklich fest: „Die religiösen Gemeinschaften

können entsprechend ihrer früheren Praxis weiterhin höhere Schulen und andere Schulen, Krankenhäuser und Wohlfahrtseinrichtungen führen und andere Sozialfürsorge anbieten.“ Ob diese klaren Zusagen in Zukunft eingehalten werden, wird sich erst in der Praxis nach der Übergabe Hongkongs herausstellen. Ein kritischer Punkt wird sicher sein, inwieweit die staatlichen Beihilfen für christliche Schulen und Sozialeinrichtungen auch nach der Übergabe gezahlt werden. Auf sich selbst gestellt werden die christlichen Kirchen jedenfalls die Vielzahl ihrer Einrichtungen finanziell nicht durchtragen können.

Aus Anlaß des chinesischen Neujahrsfestes am 7. Februar 1997 haben die Führer von sechs großen Religionsgemeinschaften (Katholiken, Protestanten, Buddhisten, Muslime, Konfuzianer und Taoisten) in Hongkong gemeinsam erklärt, daß sie mit großer Zuversicht und Optimismus in das neue Jahr gehen. Die Wiedervereinigung der Kronkolonie mit China wird von ihnen als positives Ereignis begrüßt. In seiner Weihnachtsbotschaft für das Jahr 1996 hat Kardinal *John Baptist Wu Cheng-Chung* seine Gläubigen auf die kommenden Ereignisse einzustimmen versucht. Er forderte die Gläubigen auf, sich der neuen politischen Zukunft gegenüber aktiv und kreativ zu verhalten und hoffnungsvoll auf das Neue einzulassen. Die katholische Kirche in Hongkong hat in den letzten Jahren darüber hinaus durch verschiedene Verlautbarungen versucht, die Katholiken auf die bevorstehende Rückkehr in den chinesischen Staatenverband vorzubereiten. Vorherrschend war das Bestreben, jeder Form von Panikmache entgegenzutreten und für eine positive Einstellung unter den Gläubigen zu werben. Grundsätzlich war festgelegt worden, daß Priester und Ordensleute in Hongkong bleiben sollten, um eine Fortführung des kirchlichen Lebens zu sichern.

Im März 1995 veröffentlichte die Diözese Hongkong „Pastorale Richtlinien“ für den Übergang im Jahre 1997. Die Katholiken werden aufgefordert, als gute chinesische Patrioten und Bürger sich aktiv in den Organisationen, die für den Übergang arbeiten, zu beteiligen und ihren Beitrag auf der Grundlage der Soziallehre der Kirche einzubringen. Auch sollten sie sich mit den Bestimmungen des Grundgesetzes von Hongkong (Basic Law) vertraut machen. Als Katholiken sollten sie sich der Einheit mit allen Katholiken in der Weltkirche bewußt sein und sich vor allem um intensivere Kontakte mit der Kirche in China bemühen (dt. Text in: *Hand in Hand in die Zukunft*, Diözese Essen – Diözese Hongkong, St. Augustin o. J. S. 41 f.).

Andererseits bemüht sich die chinesische Regierung stark, Besorgnisse wegen der Zukunft Hongkongs möglichst zu zerstreuen, und offizielle und inoffizielle chinesische Stellen werden nicht müde zu betonen, daß Befürchtungen, in Hongkong würden in Zukunft die Menschenrechte eingeschränkt werden, nicht zutreffend seien, daß sie vielmehr ohne Abstriche im bisherigen Verständnis weiter gelten werden. Wie der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, *Shen Guofang*, noch am 16. Januar 1997 in Beijing erklärte,

würden die christlichen Kirchen in Hongkong nicht unter die Aufsicht der chinesischen Regierung gestellt werden. Von der Zentralregierung werde kein Einfluß auf die Besetzung von kirchlichen Ämtern in Hongkong beansprucht. Auch werde die Religionspolitik des Festlands nicht auf Hongkong ausgedehnt werden. Die katholische Kirche hat hier offensichtlich Befürchtungen gehabt und im Dezember 1996 noch vor Ende der englischen Kolonialzeit zwei neue Bischöfe für Hongkong ernannt und weihen lassen. Kardinal *Wu* erhielt in der Person des Salesianerpaters *Josef Zen Ze-Kiun* einen Koadjutor mit dem Recht der Nachfolge. Ferner wurde der Direktor des Holy Spirit Study Centres und Generalvikar, *John Tong Hon*, zum Weihbischof geweiht.

Mit Spannung wird erwartet, wie sich das Verhältnis der katholischen Kirche in Hongkong zum Vatikan und zum Papst entwickelt. Die Frage ist, ob der gegenwärtige Zustand erhalten bleiben kann, oder ob die für die VR China geltende Haltung der chinesischen Regierung im Hinblick auf Aktivitäten des Heiligen Stuhls in der VR China auch für Hongkong bestimmend werden wird, nach der administrative Maßnahmen des Heiligen Stuhls als „Einmischung in die inneren Angelegenheiten“ Chinas verurteilt und verhindert werden. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums, Shen Goufang, gab kürzlich die beruhigende Erklärung ab, daß religiöse Organisationen und individuelle Gläubige auch in Zukunft ihre Beziehungen zu anderen Ländern aufrechterhalten können. Dies wurde von vatikanischen Stellen als eine indirekte Antwort auf die Sorge des Papstes um die Zukunft des Territoriums (so der Intern. Fidesdienst, 23.01.1997, Nr. 4028, ND 36) angesehen. Der Sprecher des chinesischen Außenministeriums erklärte weiter, daß die Kirche in China und Hongkong einander nicht untergeordnet seien, sondern sich gegenseitig respektieren werden, ohne daß die eine sich in die Angelegenheiten der anderen einmischen werde.

Es bleibt viel Unsicherheit

Hongkong ist bisher wie auch Macau assoziiertes Mitglied in der *Vereinigung Asiatischer Bischofskonferenzen* (FABC). Die katholische Kirche in der VR China hat dagegen gegenwärtig weder direkte Beziehungen mit dem Vatikan, noch ist sie Mitglied in der FABC. Dort ist jedoch Taiwan Vollmitglied, wodurch das leidige Problem der „Ein-China-Politik“ heraufbeschworen wird, wonach die VR China bei allen internationalen Beziehungen darauf besteht, daß Vertreter Taiwans nicht gemeinsam mit solchen der VR China auftreten dürfen. Gegenwärtig befinden sich sowohl das Sekretariat der FABC wie auch das Büro der protestantischen *Christlichen Vereinigung Asiens* (CCA) noch in Hongkong. Was die Beziehungen der Diözese Hongkong zum Vatikan angeht, so wird befürchtet, daß hier seitens Beijing argumentiert werden könnte, daß alle diplomatischen Beziehungen Hongkongs nach außen in die Verantwortung der Zentralre-

gierung fallen. Das würde bedeuten, daß offizielle Beziehungen der Diözese Hongkong zum Vatikan wegen der fehlenden diplomatischen Beziehungen zwischen der VR China und dem Heiligen Stuhl unmöglich gemacht würden.

Im Ausland ist die Einstellung zur Rückkehr Hongkongs in den chinesischen Staatenverband eher ambivalent. Vor allem in kirchlichen Kreisen gibt es eine unterschiedliche Bewertung. Überwiegend wird festgestellt, daß die Rückkehr der Kronkolonie den notwendigen Schlußstrich unter die koloniale Demütigung Chinas durch die vielen „ungleichen Verträge“ markiere. An dem Zustandekommen einer Reihe dieser ungerechten internationalen Vereinbarungen waren auch missionarische Kräfte manchmal direkt beteiligt oder haben doch zumindest davon profitiert. Unter dieser Rücksicht erscheint die Rückgabe als ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit, der von den Kirchen begrüßt wird.

Aber es gibt auch Stimmen, die mit Besorgnis und Beklemmung sehen, daß die vielen kirchlichen Institutionen in Hongkong wohl kaum reibungslos den Übergang erleben werden. Ganz sicher gilt dies für eine Reihe von kirchlichen Aktivitäten von evangelikalen Gruppen, die über Jahre hinweg antikommunistische Propaganda betrieben haben und sich in vielen missionarischen Aktivitäten in der VR China engagierten. Es ist offensichtlich, daß Aktionen wie Bibelschmuggel und die Aussendung ausländischer Missionskräfte vom Territorium Hongkongs aus in Zukunft nicht mehr möglich sein werden. Diese Aktivitäten gingen bisher meistens von Organisationen aus, die ihren Sitz in den USA oder sonstwo im Ausland hatten.

Andere kirchliche Gruppen und Organisationen haben sich wegen der Unsicherheit der Lage nach der Rückkehr Hongkongs schon entschieden, Institutionen und Personal abziehen. Die katholische Nachrichtenorganisation UCA-News verlegte schon vor einigen Jahren ihr Büro nach Bangkok. Der Informationsdienst „China News Analysis“ der Jesuiten wird jetzt in Taiwan erstellt. Archive kirchlicher Organisationen, die sensibles Material über Menschen und Situationen aus der VR China sammeln, haben ebenfalls Hongkong schon verlassen oder werden dies bald tun. Grundsätzlich gilt immer noch der Beschluß, daß kirchliches Personal in Hongkong bleiben soll. Aber es mehren sich die Fälle, daß Priester und Ordensleute mit dem Argument, daß sie als Hirten ihren Gläubigen nachgehen sollten, sich für die Emigration entscheiden und in die USA, Kanada oder sonstwo ins Ausland gehen.

Andere kirchliche Einrichtungen, die sich mit der Dokumentation der Entwicklung der christlichen Kirchen auf dem Festland befassen, wie das katholische „Holy Spirit Study Centre“ oder das protestantische „Christian Study Centre on Chinese Religion & Culture“, planen, ihre Arbeit in gewohnter Weise weiterzuführen, da sie Institutionen der christlichen Kirchen in Hongkong sind. In der Vergangenheit hat Hongkong oft eine Vermittlerrolle in der Koordination der vielfältigen Aktivitäten auf dem Gebiet der Beobachtung von Entwicklungen der christlichen Kirchen in der

VR China ausgeübt. Diese Brückenfunktion wird Hongkong aller Voraussicht nach in Zukunft nicht mehr spielen können.

In den protestantischen Kirchen Hongkongs überwiegt ebenfalls weitgehende Skepsis im Hinblick auf den Übergang. Die Tatsache allein, daß die Zahl der protestantischen Pfarrer, die sich im Vorfeld der Rückkehr Hongkongs für die Emigration entschieden, wesentlich größer ist als in der Bevölkerung allgemein, spricht nicht gerade dafür, daß die christlichen Kirchen die Entwicklung nach dem 1. Juli 1997 vorrangig positiv einschätzen. *Kwok Naiwang*, der Direktor des *Hong Kong Christian Institute*, spricht dagegen vom Jahr 1997 als einem Kairos für die Kirche in Hongkong, da der Kirche die Chance gegeben wird, ihre Rolle und ihren Beitrag für Hongkong und China neu zu überdenken.

Verschiedene protestantische und katholische Organisationen haben eine „1. Juli-Kette“ (July 1 Link) gegründet, die eine Aufklärungskampagne im Umfeld des Übergangs betreibt und z. B. liturgische Gebetshilfen anbietet. Inwieweit die christlichen Kirchen in Hongkong ihre internationalen

Verbindungen beibehalten können, wird sich zeigen, wenn der *Lutherische Weltbund* seine Vollversammlung zum fünfzigjährigen Bestehen wie geplant kurz nach dem 1. Juli 1997 in Hongkong wird halten können. Im Vorfeld der Veranstaltung ist es jedenfalls zu Problemen gekommen, weil die Veranstalter sich in Beijing vergewisserten, daß die Veranstaltung nicht auf chinesischen Widerspruch stoßen werde. Kirchenkreise in Hongkong nannten das ein falsches Vorgehen, weil bisher solche Veranstaltungen in keiner Weise genehmigungspflichtig gewesen seien und es daher auch in Zukunft nicht sein müßten.

Zwischen der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und dem protestantischen Kirchenrat Hongkongs bestehen langjährige gute Beziehungen. Im März dieses Jahres wird eine Delegation des Hongkonger Kirchenrats nach Deutschland kommen, ein Gegenbesuch zur Reise einer deutschen Delegation im Jahr 1993. Zugleich macht der Zeitpunkt der Reise kurz vor dem Rückkehrdatum des 1. Juli 1997 deutlich, daß die zukünftige Entwicklung der kirchlichen Situation in Hongkong einen wichtigen Teil der Gespräche ausmachen wird.

Georg Evers

Kurzinformationen

Dokument der Theologenkommision zum Religionsdialog

Die Internationale Theologenkommision hat ein umfangreiches Dokument mit dem Titel „Das Christentum und die Religionen“ erarbeitet, das jetzt veröffentlicht wurde (in: *La Civiltà Cattolica*, 18.1.97, S. 146–183). Die vom Präfekten der Glaubenskongregation geleitete, seit 1969 bestehende Internationale Theologenkommision hat sich damit einem der wichtigsten theologisch-kirchlichen Diskussions-themen der Gegenwart zugewandt, das besonders in Asien von hoher Brisanz ist. Das Dokument beschreibt zunächst die gegenwärtig vertretenen Ansätze einer Theologie der Religionen in ihren Positionen zur Heilsbedeutung anderer Religionen, zur Wahrheitsfrage, zum Verständnis Gottes und

Jesu Christi sowie zu Mission und interreligiösem Dialog. In einem zweiten Teil stellt die Theologenkommision im Rückgriff auf das Neue Testament und lehramtliche Dokumente theologische Grundlagen für das Verhältnis des Christentums zu den anderen Religionen dar: Das an Person und Werk Jesu Christi gebundene, an alle Menschen gerichtete Heilsangebot Gottes, das umfassende Wirken des Heiligen Geistes und die Sendung der Kirche (in diesem Zusammenhang geht es u. a. um den Satz „extra ecclesiam nulla salus“). Das Dokument hält fest, heute stehe die Heilsmöglichkeit für Menschen außerhalb der Kirche, die ihrem Gewissen folgen, außer Frage. Man könne auch nicht ausschließen, daß die Religionen als solche „eine gewisse heilschaffende Funktion haben, also den Menschen trotz ihrer Zweideutigkeit bei der Erlangung des endgültigen Ziels behilflich sind“ (Nr. 84). Die

Theologenkommision macht den entscheidenden Unterschied zwischen der von ihr dargestellten lehramtlichen Konzeption und der pluralistischen Religionstheologie im Umgang mit der Wahrheitsfrage fest: Die pluralistische Religionstheologie nehme nicht nur den Wahrheitsanspruch der eigenen Religion nicht ernst, sondern leugne auch den der anderen Religionen. Eine Dialogstrategie, die eine Reduktion des christologischen Dogmas fordere, um so den Überlegenheitsanspruch des Christentums zurücknehmen zu können, wird von der Theologenkommision abgelehnt. Das Dokument schließt mit Hinweisen zur Behandlung der Frage nach Gott und nach dem Menschenbild im interreligiösen Dialog. Dieser Dialog wird als der „christlichen Berufung wesensverwandt“ bezeichnet; er sei Teil der „Dynamik der lebendigen Überlieferung des Heilsmysteriums“ (Nr. 114).